



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

27.09.2017

Pressemitteilung Nr. 17/1093

Tonne: CDU-Schattenministerin musste offenbar wirtschaftspolitische Geisterfahrt des eigenen Spitzenkandidaten beenden

In einer Diskussionsrunde des Norddeutschen Rundfunks am Dienstagabend hat die „Schattenwirtschaftsministerin“ der CDU der Einschätzung ihres Spitzenkandidaten widersprochen, der in Bezug auf die Verpflichtungen als Aufsichtsrat der Volkswagen AG angekündigt hatte, bewusst gegen das Aktienrecht verstoßen und sich „im Zweifel dafür auch verklagen“ lassen zu wollen (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 2017).

„Wir hatten seinerzeit mit einer Anfrage an die Landesregierung klären lassen, welche Konsequenzen ein solches Verhalten für das Land Niedersachsen sowie für Volkswagen und seine Beschäftigten hätte,“ so der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Grant Hendrik Tonne.

Aus der Antwort der Landesregierung auf diese Anfrage geht hervor, dass eine Veröffentlichung von Betriebsinterna während der Dieselfläre zu einer „Erhöhung der Rechtsrisiken in den USA“ geführt hätte und auch erhöhte Strafzahlungen für den Konzern möglich gewesen wären.

„Das hätte zehntausende Arbeitsplätze in Niedersachsen gefährdet und den Konzernen in seiner Existenz bedroht. Offenbar musste der Spitzenkandidat angesichts dieser verheerenden Folgen nun von einem Mitglied seines eigenen Schattenkabinetts von seiner wirtschaftspolitischen Geisterfahrt abgebracht werden“, kommentiert Tonne die überraschenden Aussagen der Union in dieser Frage. Mit Interesse nimmt Tonne auch zur Kenntnis, dass der CDU-Landtagsfraktion offenkundig keinerlei wirtschaftspolitische Kompetenz zugesprochen wird und man sich lieber auf jemanden verlassen will, der im Zweijahresrhythmus das Bundesland wechselt. „Wirtschaftspolitische Erfahrung für Niedersachsen sieht anders aus“, so Tonne.

„Die SPD hat immer wieder betont, dass die Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Volkswagen AG für uns nicht verhandelbar ist. Stephan Weil und Olaf Lies haben in den letzten Jahren alles dafür getan, dass der Diesel-Skandal aufgeklärt und gleichzeitig zehntausende Arbeitsplätze in Niedersachsen gesichert werden. Es wundert nicht, dass sich der Spitzenkandidat der Union bei Volkswagen unter dem Deckmantel der „Professionalisierung“ aus der Verantwortung stehlen will, weil er sich eine effektive Kontrolle des Vorstands schlicht nicht zutraut. Angesichts der verheerenden Folgen, die sein angekündigter Rechtsbruch für das Land Niedersachsen und für die Beschäftigten bei Volkswagen hätte, kann man nur froh sein, dass ein solcher Bruder Leichtfuß nicht Mitglied des Aufsichtsrates ist und es auch nicht werden wird“, so Tonne.

Im Anhang dieser Pressemitteilung finden Sie die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zu diesem Thema.